

PRESSEMITTEILUNG



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

17. April 2015

Herausgeber: DPoIG Bremen

Industriestraße 12
28199 Bremen
Telefon (0421) 94 902 51
Telefax (0421) 94 902 52

info@dpolg-bremen.de
www.dpolg-bremen.de
V.i.S.d.P.: Jörn Schulze
Telefon: (0151) 504 719 06

Leichenschau: Zentraler Untersuchungsort gefährdet Strafverfahren

Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor den Folgen der geplanten Regelung

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPoIG) begrüßt das Ansinnen der Gesundheitsbehörde, künftig bei jedem Todesfall eine Leichenschau durchführen zu lassen. Allerdings gilt das nur für die grundsätzliche Idee. „Mit den Umsetzungsplänen haben wir Bauchschmerzen,“ so Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft.

„Sollte ein Tötungsdelikt vorliegen, handelt es sich beim Sterbeort um einen Tatort, der, um die polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht zu gefährden, möglichst nicht verändert werden darf. Eine gute Spurensuche bedingt einen unveränderten Tatort,“ so Schulze. „Wenn der Verstorbene aber abtransportiert wird, um erst an einem zentralen Untersuchungsort der Leichenschau unterzogen zu werden, wird die sogenannte „Spurenlage“ erheblich verändert – schlimmer noch: Der Täter bekommt möglicherweise Zeit und Gelegenheit, weitere Spuren zu beseitigen. Im schlimmsten Fall wird also fernab des Tatortes ein Tötungsdelikt festgestellt, aber der Täter kann danach nicht mehr ermittelt werden, weil er in der Zwischenzeit in aller Seelenruhe aufräumen und saubermachen konnte.“

Außerdem führe das geplante Verfahren zu einer erheblichen Mehrbelastung der Polizei: „Die Polizei ist dann bei jedem Todesfall in Bremen dabei,“ so Schulze weiter. „Der Streifenwagen und die eingesetzten Beamten stehen bis zum Abschluss der Leichenschau nicht zur Verfügung, weil bei Feststellung eines unnatürlichen Todes unmittelbar das Strafverfahren einzuleiten ist – und das bei im Schnitt 4000 Fällen pro Jahr in denen sich die Verstorbenen nicht von vornherein im Krankenhaus und damit in ärztlicher Obhut befinden - also beinahe elfmal pro Tag. Das bedeutet, dass jeden Tag elf Streifenwagen und zweiundzwanzig Beamtinnen und Beamte für die Dauer von mehreren Stunden nicht zur Verfügung stehen würden.“

Schulze fordert die Mitglieder der Gesundheitsdeputation daher auf, von der Idee des zentralen Untersuchungsortes abzuweichen und sich mit den Mitgliedern der Innendeputation sowie den Vertretern der Polizei zu verständigen: „Uns reicht es nicht, dass Tötungsdelikte nur erkannt werden – wir wollen, dass sie auch aufgeklärt werden können!“